

# **Anders Wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand - Auf dem Weg in die sozial-ökologische Marktwirtschaft**



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller\*in: BAG Wirtschaft und Finanzen; BAG Digitales und Medien  
Beschlussdatum: 20.10.2019

## **Änderungsantrag zu WKF-05**

### **Von Zeile 657 bis 662:**

Internet abgehängt sind. Von der flächendeckenden Grundversorgung, die die Bundesregierung versprochen hatte, sind wir weit entfernt. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und ~~5G-Mobilfunk gibt es erhebliche Investitionslücken. Damit der Glasfaserausbau schneller vorankommt, brauchen wir eine solide Finanzierung. Dies wollen wir dadurch ermöglichen, dass der Bund seine Anteile an der Telekom verkauft, und sie in eine Ausbaugesellschaft für Glasfaser investieren.~~Mobilfunk gibt es erhebliche Investitionslücken. Jeder Ausbau der 5G Netze erfolgt nur nach einer verantwortungsvollen Technikfolgenabschätzung. Wir lassen uns dabei vom Vorsorgeprinzip leiten. Dies heißt: Wir setzen die Vergabe weiterer Frequenzbereiche aus. Wir fordern die Veröffentlichung der Ergebnisse bereits durchgeführter Studien zu Risiken, Auswirkungen und Akzeptanz von 5G, soweit sie aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise finanziert wurden. Wir unterstützen die Überprüfung und ggf. Erarbeitung geeigneter Prüf- und Messverfahren für die Strahlenbelastung durch hochfrequente Sende- und Empfangsanlagen oberhalb 20 GHz und die Erstellung verbindlicher Grenzwerte zum Schutz der Bevölkerung durch das Bundesamt für Strahlenschutz. Wir binden u.a. das Büro für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestags ein, um Akzeptanz-, Nutzen- und Risiken hochfrequenter 5G Sendeanlagen einschließlich des zu erwartenden Energieverbrauchs und sonstiger Klimafolgen zu bewerten und wir veröffentlichen die Ergebnisse. Wir setzen uns ein für eine EU-weite Abstimmung des Stands von Forschung und Technik bzgl. Nutzen und Risiken hochfrequenter 5G-Sendeanlagen sowie des Vorgehens bei der Einführung in den Mitgliedstaaten.